



Hauptausschuss

22. Sitzung (öffentlich)

9. November 2006

Düsseldorf - Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 13:30 Uhr

Vorsitz: Werner Jostmeier (CDU)

Protokollerstellung: Heike Niemeyer

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2007 (Haushaltsgesetz 2007)

5

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksachen 14/2300 und 14/2850

- abschließende Beratung und Abstimmung, auch über Änderungsanträge, Zuständigkeitsbereich des Hauptausschusses

Einzelplan 01 – (Landtag)

Einzelplan 02 – (Ministerpräsident)

- vgl. Vorlagen 14/651, 14/639, Erläuterungen EP 01, Vorlagen 14/681 und 14/682

Einzelplan 01 - Landtag

5

Der Ausschuss billigt den Einzelplan 01 einstimmig mit den Stimmen aller Fraktionen.

Einzelplan 02 - Ministerpräsident

5

Der Ausschuss billigt den Einzelplan 02 unverändert mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen.

**Bericht des Ministers für Bundes- und Europaangelegenheiten,
Michael Breuer, zur Kofinanzierung von EU-Mitteln**

12

2 Beziehungen des Landes Nordrhein-Westfalen zu den Niederlanden

15

- Gespräch und Gedankenaustausch mit einer Delegation der Zweiten Kammer des Niederländischen Parlaments und dem Generalkonsul des Königreichs der Niederlande

3 Landesvertretung NRW in Brüssel

22

Vorstellung des Dienststellenleiters der Vertretung des Landes bei der Europäischen Union, Herrn Hans H. Stein

Und:

**4 Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den Verfassungsschutz in
Nordrhein-Westfalen (Verfassungsschutzgesetz Nordrhein-Westfalen -
VSG NRW -)**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/2211

- Aussprache über die Ergebnisse der öffentlichen Anhörung des Hauptausschusses und des Innenausschusses vom 19. Oktober 2006

Der Ausschuss spricht sich mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen dafür aus, den Tagesordnungspunkt 4 „Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den Verfassungsschutz in Nordrhein-Westfalen (Verfassungsschutzgesetz Nordrhein-Westfalen - VSG NRW -), Gesetzentwurf der Landesregierung, Drucksache 14/2211“ heute nicht zu beraten.

- 5 Zweiter Probelauf des Subsidiaritätsnetzwerks des Ausschusses der Regionen (AdR)** 31
- vgl. Vorlagen 14/680, 14/721
- Aus dem Ausschuss erhebt sich kein Widerspruch dagegen, in die Stellungnahme das einvernehmlich Beschlossene aufzunehmen und davon abweichende Haltungen einzelner Fraktionen zu einzelnen Punkten als Minderheitenvotum gekennzeichnet anzufügen. Dieses Verfahren sollen die Obleute durchführen.
- 6 Verschiedenes** 33
- a) Informationsreise des Hauptausschusses nach Berlin anlässlich der Berlinale** 33
- b) Termin 5. Dezember 2006, 14 Uhr** 33
- c) Ankündigungen von Wolfram Kuschke (SPD)** 33

Aus der Diskussion

1 **Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2007 (Haushaltsgesetz 2007)**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksachen 14/2300 und 14/2850

- abschließende Beratung und Abstimmung, auch über Änderungsanträge, Zuständigkeitsbereich des Hauptausschusses

Einzelplan 01 – (Landtag)

Einzelplan 02 – (Ministerpräsident)

- vgl. Vorlagen 14/651, 14/639, Erläuterungen EP 01, Vorlagen 14/681 und 14/682

Einzelplan 01 - Landtag

Der **Direktor beim Landtag, Peter Jeromin**, nimmt Bezug auf das von Landtagspräsidentin van Dinther anlässlich der 60-Jahr-Feier des Landes in der Tonhalle angekündigte Vorhaben „Johannes-Rau-Stipendien“ und macht darauf aufmerksam, dass das Projekt, solle es im nächsten Jahr starten, einer finanziellen Umsetzung bedürfe, und zwar in Höhe eines Betrages von 60.000 €. Der von der Landtagsverwaltung vorbereitete Deckungsvorschlag stehe allerdings nicht heute zur Abstimmung an, sondern werde gemäß der Verständigung der Fraktionen gestern im Ältestenrat zwischen der zweiten und dritten Lesung des Haushaltsgesetzes im Haushalts- und Finanzausschuss eingebracht.

Der Ausschuss billigt den Einzelplan 01 einstimmig mit den Stimmen aller Fraktionen.

Einzelplan 02 - Ministerpräsident

Wolfram Kuschke (SPD) greift die in der Ergänzungsvorlage von der Landesregierung vorgenommene Kürzung des Ansatzes in **Titel 529 63 - „Zur Verfügung des Ministerpräsidenten zur Förderung des ehrenamtlichen Engagements“** in **Titelgruppe 63 des Kapitels 02 020** von 250.000 € auf 50.000 € und die Begründung, in Zukunft sollten nur noch größere Projekte gefördert werden, auf und erinnert an den bisher besonderen Charme dieses Fonds, nämlich aus ihm schnell und unbürokratisch gerade kleinere Vorhaben mit Summen von um die 1.000 € bedienen zu können.

Nach Auskunft des **Chefs der Staatskanzlei, StS Karsten Beneke (StK)**, folge diese Maßnahme der übergeordneten Zielsetzung, dem Ehrenamt eine besondere Bedeutung

beizumessen, was nicht unbedingt großer Beträge bedürfe, sondern ebenso mit wohl-dosierten kleineren Summen machbar sei, insbesondere, wenn man die einzelnen, im Ehrenamt von Bürgern des Landes erbrachten Leistungen besonders hervorhebe.

Carina Gödecke (SPD) veranlassen diese Ausführungen zu der Nachfrage, ob die Landesregierung damit eine Reduzierung der Anzahl der förderfähigen Ehrenamtsaktivitäten intendiere, denn dieser Topf habe nie dafür bereitgestanden, Engagement mit großen Beträgen zu bedenken, sondern es in seiner Vielfältigkeit und in der Breite zu unterstützen und dadurch Aktivitäten, die sonst nie stattgefunden hätten, anzustoßen.

Der **Chef der Staatskanzlei, StS Karsten Beneke (StK)**, sieht dies genauso. Gewollt sei keine Reduktion in der Breite, sondern intendiert würden durchaus auch Maßnahmen im Kleinen.

Carina Gödecke (SPD) bittet um eine Auflistung der aus diesem Topf in 2005 und 2006 geförderten Projekte jeweils mit Fördersumme. Denn die vornehmste Aufgabe der Opposition bestehe schließlich darin, die Landesregierung zu kontrollieren, insbesondere in der Frage der Verausgabung der ihr vom Parlament zugebilligten Haushaltsansätze, um im Rahmen der nächsten Haushaltsberatungen anhand dieses Vergleichsmaßstabes beurteilen zu können, ob die Erklärungen der Landesregierung bezüglich der Reduktion der Mittel stimmten oder nicht.

Ilka von Boeselager (CDU) empfindet dieses Ansinnen als sehr erstaunlich, habe doch die rot-grüne Landesregierung eine solche Übersicht nie erstellt.

Wolfram Kuschke (SPD) macht auf die in der letzten Sitzung getroffene Verabredung aufmerksam, nach der die Landesregierung dem Ausschuss eine **Auflistung der EU-Förderprogramme samt der entsprechenden Kofinanzierung in den einzelnen Ressorts** zuleiten sollte.

Vorsitzender Werner Jostmeier kündigt an, die Landesregierung könnte dazu an dieser Stelle oder unter TOP 3 - Landesvertretung - berichten.

Der **Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten, Michael Breuer** teilt mit, noch bis heute Morgen seien an dieser Aufstellung Ergänzungen vorgenommen worden. Er wolle dem Ausschuss gerne mündlich berichten und anschließend den Sprechzettel zur Verfügung stellen.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE) schlägt vor, zunächst einmal den Einzelplan 02 zu behandeln und abzustimmen, dann den Minister um einen kurzen mündlichen Überblick zu bitten und sich letztendlich die Unterlagen schriftlich aushändigen zu lassen.

Sylvia Löhrmann nimmt dann noch einmal eine **Gesamtbetrachtung des Haushaltsentwurfs 02** vor: Er spiegele nicht das von der Landesregierung an alle ausgegebene

Motto, den Gürtel enger zu schnallen, wider, lenke man den Blick etwa auf den durch die Umstrukturierung der Staatskanzlei verursachten Stellenaufwuchs in den oberen Positionen. Die trotzdem in 2007 zu verzeichnende Verminderung des Gesamtansatzes beruhe nicht auf echter Sparsamkeit, sondern lediglich auf der Tatsache, dass die Kosten für bestimmte, in 2006 zu bedienende Großereignisse in 2007 nicht mehr anfielen.

Im Übrigen stoße bei ihr auf Erstaunen, dass die Grünen offenbar als einzige Fraktion ihre Hausaufgaben gemacht und **Anträge zur zweiten Lesung** vorgelegt hätten, während die Koalitionsfraktionen wohl zum zweiten Mal daran gescheitert seien, ihre internen Beratungen fristgerecht zu beenden.

Ilka von Boeselager (CDU) nennt diese Einlassungen von Sylvia Löhrmann bezüglich der Anträge anmaßend.

Wolfram Kuschke (SPD) begründet das Absehen seiner Fraktion von Änderungsanträgen damit, dass sie eine eindeutige Schwerpunktsetzung für die Haushaltsberatungen insgesamt, unterlegt natürlich mit entsprechender Deckung, einbringen werde.

In diesem Zusammenhang vermisse die SPD-Fraktion im Haushaltsentwurf und der Ergänzung - andere Papiere dazu existierten ebenfalls nicht - eine **Struktur des Programms der Landesregierung**, insbesondere in den entscheidenden Feldern wie Europa, Internationales und Medien.

Bei der Abstimmung über die Anträge der Grünen werde sich die SPD-Fraktion nicht zuletzt wegen einiger Probleme mit deren Deckungsvorschlägen enthalten.

Zu den einzelnen Anträgen (s. Anlage)

(Die in diesem Protokoll vorgenommene Nummerierung entspricht der Nummerierung der Anträge in der Anlage. Der Anlage sind auch die jeweiligen Abstimmungsergebnisse zu entnehmen.)

zu lfd. Nrn. 1 bis 4

Die von den **Grünen** beantragten Absenkungen basieren nach den Worten von **Sylvia Löhrmann** auf dem Gedanken, mit dem von der Landesregierung propagierten Sparen vor dem direkten Bereich des Ministerpräsidenten nicht Halt zu machen, sondern im Gegenteil dort zu beginnen, konkret bei Repräsentationsmaßnahmen, bei Honorarkräften, bei Veranstaltungen etc.

Ilka von Boeselager (CDU) sieht keinen Grund zur Reduzierung der Ansätze, denn die Beträge bewegten sich in einer durchaus notwendigen Dimension, um die Weichen für die Zukunft richtig zu stellen.

Wolfram Kuschke (SPD) ruft ins Gedächtnis, in welchem unzähligen Beiträgen die damalige Opposition die rot-grüne Landesregierung für den von ihr betriebenen angeblich viel zu hohen Aufwand in Sachen wissenschaftliche Gutachten, Beraterverträge etc. gegeißelt habe.

zu lfd. Nrn. 5 und 6

Für die **Grünen** ist, wie **Sylvia Löhrmann** vorträgt, die Verminderung des Ansatzes, vor allem vor dem Hintergrund der von allen Fraktionen betonten Bedeutung einer Zusammenarbeit, nicht nachvollziehbar.

Ralf Witzel (FDP) verweist auf das in Kürze zu verabschiedende Gesetz zum Vertrag zwischen dem Land Nordrhein-Westfalen und den jüdischen Gemeinden. Dieser Vertrag sehe eine Erhöhung der Landesleistung von rund 5 Millionen € auf 7 Millionen € vor, was es sicherlich erlaubte, daraus Maßnahmen zur Verstärkung der Beziehungen zwischen jüdischen und christlichen Gemeinden zu finanzieren.

Wolfram Kuschke (SPD) bezieht den Antrag Nr. 6 mit ein und bezeichnet die von der Landesregierung vorgenommenen Kürzungen der Ansätze um 19.000 beziehungsweise 1.000 € als nur erklärbar durch die Not der Landesregierung, für andere Aufstockungen Deckung erbringen zu müssen, aber als zu gering, als dass sich dahinter Inhalte verbergen könnten. Mit ein bisschen gutem Willen müsste es also gelingen, auf diese Kürzungen zu verzichten, sprich: die Ansätze vom letzten Jahr zu überrollen.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE) differenziert zwischen dem Staatsvertrag, der bestimmte Grundsätze, auch die Zuweisungen an die jüdischen Gemeinden zur Abwicklung von allgemein akzeptierten Integrationsprogrammen in jüdische Gemeinden usw., regelt und der Unterstützung, die das Land zur Förderung von Projekten der Zusammenarbeit zwischen jüdischen und christlichen Gemeinden und des Dialogs miteinander gewähre. Es fehle ihr an jedem Verständnis für einen so wenig sensiblen Umgang mit Geldern gerade an dieser Stelle. Und an Deckung für die Aufstockung auf die alte Höhe mangelte es nicht, verzichtete der Ministerpräsident auf die eine oder andere seiner Veranstaltungen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit.

Dr. Gerhard Papke (FDP) fordert seine Vorrednerin auf, keinen Popanz aufzubauen, indem sie mit ihrer Stoßrichtung weismachen wolle, durch die Minderung um 19.000 € würde die bisherige Qualität christlich-jüdischer Kooperation infrage gestellt. Vermutlich werde Sylvia Löhrmann gleich argumentieren, die Kürzung der Zuschüsse an die Stiftung „Entwicklung und Frieden“ um 8.400 € gefährdete den Weltfrieden. - Er bitte also um etwas Augenmaß.

Ralf Witzel schließe er sich an, wenn dieser auf die zusätzlichen 2 Millionen € aus dem Staatsvertrag abhebe, die zwar formal einem anderen Zweck dienten, aber trotzdem die

Möglichkeit böten, die christlich-jüdische Zusammenarbeit in einem Maß zu pflegen, welches substanzielle Einbußen ausschließe.

Nach Ansicht von **Sylvia Löhrmann (GRÜNE)** zeige die internationale Lage die wachsende Notwendigkeit einer Diskussion über eine Weltinnenpolitik; wobei sie selbstverständlich damit nicht die Hoffnung verbinde, durch diese Diskussion an irgendeinem Krisenherd der Welt etwas bewirken zu können. Die Unterstützung der entsprechenden Organisation, bisher schon auf einem relativ niedrigen Niveau erfolgt, sollte also beibehalten werden.

Auch hier stimmten die Meinungen der Betroffenen gar nicht mit dem von Sylvia Löhrmann Vorgetragenen überein, merkt **Ralf Witzel (FDP)** an. Vielmehr herrsche nämlich bei ihnen Zufriedenheit, die Arbeit wie bisher fortsetzen zu dürfen.

Wolfram Kuschke (SPD) bezeichnet Ralf Witzel ob dessen „Geschichtslosigkeit“ als „manchmal unerträglich“, nehme er doch offensichtlich die Entstehungsgeschichte der Stiftung „Entwicklung und Frieden“ nicht zur Kenntnis; einer Stiftung, die zurückgehe auf eine Initiative von Johannes Rau und deren Stiftungskapital unter anderem das Preisgeld, welches Willy Brandt anlässlich der Verleihung des Friedensnobelpreises erhalten habe, enthalte.

zu lfd. Nrn. 7 und 12

Zum Cologne Science Center findet sich, so **Oliver Keymis (GRÜNE)**, weder im Haushalt noch in den Erläuterungen irgendetwas; es fehle dort an Hinweisen, um was es sich konkret handele. Nur aus anderen Zusammenhängen wüssten die Abgeordneten um die Hintergründe, was die Grünen veranlasst habe, ihren schon zum Haushalt 2006 formulierten Antrag zum Haushalt 2007 erneut einzubringen.

Auch aufseiten der Stadt Köln könne man sich angesichts der verlangsamten Entwicklung des Projektes eine Streckung der Mittel vorstellen. Dazu bedürfte es eines konstruktiven Dialogs zwischen der Stadt Köln und dem Land.

Die eine Million auf diese Weise gewonnenen Mittel kämen dann einer Institution, der Filmstiftung NRW, die dem Land viel Reputation verschaffe, zugute. Die Filmstiftung müsse, wie er dies gemeinsam mit anderen hier im Hause immer verfochten habe, stark und wichtig bleiben, um im europäischen Kontext und auch auf Ebene der Bundesländer das Gewicht Nordrhein-Westfalens in die Waagschale zu werfen. Dies erscheine umso erforderlicher, als der bayerische Ministerpräsident das Filmgeschäft mit Geld, Empfängen und viel Glanz nach München locke. Ähnliches vollziehe sich in Berlin/Brandenburg und in abgeschwächter Form nicht zuletzt in Hamburg.

Dr. Michael Brinkmeier (CDU) hält Oliver Keymis entgegen, aufgrund von von der Vorgängerregierung getroffenen Vereinbarungen beständen in Bezug auf das Cologne Science Center rechtliche Bindungen. Und im Gegensatz zu Oliver Keymis kenne er

keine Signale der Stadt Köln, auf das Geld verzichten zu wollen, sondern umgekehrt die Absicht, im Dezember in ein konkretes Stadium einzutreten.

Claudia Nell-Paul (SPD) befürchtet ebenfalls sehr negative Auswirkungen durch die Kürzung der Fördermittel für die Filmstiftung, schau man nach Bayern, insbesondere auf die Münchener Medientage und das Kraftpaket, welches Ministerpräsident Dr. Stoiber in Sachen Medienpolitik auffahre, und zwar sowohl inhaltlich mit Positionen zu aktuellen Themen wie Digitalisierung etc. als auch in finanzieller Hinsicht. Dies lasse einen vor Neid erblassen, während sich in Nordrhein-Westfalen der vom Medienrat beschriebene gefühlte Bedeutungsverlust an Medienpolitik inzwischen in einen realen gewandelt habe.

Dr. Michael Brinkmeier (CDU) betont, es werde hier nicht gekürzt. Und wer auf Bayern verweise, sollte die in der Vergangenheit bessere bayerische Finanzpolitik nicht unerwähnt lassen.

Ilka von Boeselager (CDU) wertet die Auffassung von Claudia Nell-Paul als grundsätzlich falsch, denn während von der Filmstiftung Nordrhein-Westfalen geförderte Filme wie „Das Parfum“ oder „Klimt“ gutes Geld einspielten, höre man aus Bayern nichts dergleichen. Von daher könne man gestärkt in die Zukunft blicken.

Lothar Hegemann (CDU) fragt sich, weshalb die frühere Landesregierung das Medienkompetenzzentrum ausgedünnt, die Medien-GmbH abgewickelt und das Europäische Medieninstitut praktisch auf null zurückgeführt habe, hingegen heute die sie damals tragenden Fraktionen so täten, als müssten sie eine Philippika anstimmen, nur weil jetzt eine Gleichbehandlung der Filmstiftung mit anderen Institutionen stattfinde. Er empfinde das Sich-Berufen auf sein jeweiliges „Räppelchen“, was natürlich nicht angerührt werden dürfte, angesichts der notwendigen Einschnitte im Landeshaushalt, und zwar sogar auch in den Bereichen Soziales, Bildung etc., als unerträglich.

Regierungssprecher und Staatssekretär für Medien, Andreas Krautscheid (StK), bezeichnet es als „gutes Recht“ der Opposition, nicht vorhandenes Geld zu verteilen, sprich: Die einer vom Land zu erfüllenden rechtlichen Verpflichtung unterliegenden Gelder für das Cologne Science Center für eine anderweitige Verausgabung vorzuschlagen.

In Bezug auf die Filmstiftung vergleiche auch er Nordrhein-Westfalen gerne mit Bayern.

Denn erstens: Die Mittel aus 2006 würden überrollt; Kürzungen blieben aus - eine bedeutende Botschaft und auch eine von der Filmstiftung als positive Verstetigung ihres Ansatzes so empfundene.

Zweitens: Bayern habe zwischen 2003 und 2006 die eigenen Mittel um insgesamt 3,6 Millionen € reduziert, ausgehend von einem deutlich niedrigeren Gesamtfördertopf, aus dem sich die bayerische Filmstiftung speise. Dazu komme durch die Kirch-Pleite

ein weiterer Verlust von 2 Millionen €. Das heiße: In Nordrhein-Westfalen stehe für die Filmstiftung ein Mehrfaches zur Verfügung als in Bayern.

Drittens: Häufig allerdings komme dies anders über. In einem sehr interessanten Gutachten über die Stimmung in und die Qualität des Medienstandortes Nordrhein-Westfalen stehe dazu nachzulesen, dass sich in den letzten Jahren - nicht etwa in den letzten 14 Monaten! - die subjektiv gefühlte Stimmung politikbeeinflusst und durch die Fakten nicht gerechtfertigt merklich verschlechtert habe, wohingegen das Gutachten die reale Lage als ausgesprochen lebendig und vielfältig, als insgesamt unübersehbar positiv beschreibe.

Er rate deshalb dazu, die Wahrheit an den nackten Zahlen festzumachen.

Im übrigen habe man sich in der letzten Aufsichtsratssitzung der Filmstiftung dahin verständigt, die Fderrichtlinien unter die Lupe zu nehmen, um für den Standort Nordrhein-Westfalen das Optimale herauszuholen, unter anderem möglichst viel von den Fördermitteln für die hiesige Film- und Fernsehwirtschaft im Land zu behalten.

Wolfram Kuschke (SPD) betont, die Kürzung habe - soweit erstens - mit dem Haushalt 2006 stattgefunden.

Zweitens. Mindestens die Fraktionen von SPD, CDU und Grünen hätten in den vergangenen Jahren das Volumen der für die Filmstiftung veranschlagten Mittel als sinnvoll erachtet - gerade auch mit Blick auf den Abstand zu Bayern.

Drittens. Ministerpräsident Dr. Rttgers habe noch beim Festakt zum 60-jährigen Landesjubilum Nordrhein-Westfalen als Medienland Nummer eins bezeichnet. Und niemand werde behaupten wollen, dass diese Position auf Maßnahmen der neuen Landesregierung in den letzten anderthalb Jahren basiere.

zu lfd. Nrn. 8 bis 10

Sylvia Löhrmann (GRÜNE) begrüßt, dass Ministerpräsident Dr. Jürgen Rttgers die Stärkung der Europafhigkeit zur Chefsache erklärt habe. In diesem Zusammenhang wäre es allerdings ein falsches Signal, an den europapolitischen Mitteln zu sparen.

Dem Thema Europafhigkeit ist nach den Worten von **Ilka von Boeselager (CDU)** durch die separate Einrichtung eines eigenen Titels für die EU-Ratspräsidentschaft Rechnung getragen worden.

zu lfd. Nr. 11

Die **Grünen** greifen mit diesem Antrag, wie **Sylvia Löhrmann** ausführt, ein schon seinerzeit in der von allen getragenen Integrationsoffensive verankertes, gemeinsames Anliegen aller im Landtag vertretenen Fraktionen auf, nämlich darauf hinzuwirken, eine Vertretung der Muslime zu institutionalisieren, damit die gewollte Demokratisierung im

Lande voranzubringen und die muslimischen Gemeinden im Lande auch formal zu stärken, indem man sie zu Vertragspartnern des Landes mache.

Ilka von Boeselager (CDU) bestätigt es als gemeinsames Anliegen, die Vertretung der Muslime in Nordrhein-Westfalen zu stärken, doch sollten Mittel erst in Ansatz gebracht werden, wenn das Projekt stehe und Gewissheit über die Kosten herrsche.

Ralf Witzel (FDP) lenkt den Blick auf die Haushaltspläne der letzten Jahre, die außer für die Bildung keine ähnlich hohen Steigerungen aufwiesen wie für den Bereich Integration; was er auch befürworte, da neue Herausforderungen in neuer Qualität auf das Land zukämen. Integration vollziehe sich aber nicht allein durch Institutionalisierung, sondern in erster Linie durch praktische Integrationsarbeit, die sich der in den einzelnen Ressorts etatisierten und, wie gerade gesagt, gestiegenen Gelder bediene.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE) betont, bei dem in Rede stehenden Titel gehe es nicht um fachliche, hauptsächlich im Hause des Ministers für Generationen, Familie und Integration angesiedelte Maßnahmen, sondern um die Institutionalisierung einer Vertretung der Muslime, um Partner für vertragliche Vereinbarungen mit muslimischen Gemeinden zu haben. Der Landtag sollte ein deutliches Signal senden, dass er den Dialog forcieren wolle; mit diesem Dialog könne er die Menschen dann auch in die Pflicht nehmen.

Ilka von Boeselager (CDU) kritisiert das Vorpreschen der Grünen trotz Absprache zwischen den Fraktionen, gemeinsam zu handeln, als unfair.

Der Ausschuss billigt den Einzelplan 02 unverändert mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen.

Bericht des Ministers für Bundes- und Europaangelegenheiten, Michael Breuer, zur Kofinanzierung von EU-Mitteln

Sehr geehrte Damen und Herren! In unserer letzten Sitzung wurde diskutiert, dass wir einen Überblick über die im Haushaltsplan 2007 zur Kofinanzierung der NRW-EU-Programme vorgesehenen Landesmittel geben.

Gestatten Sie mir vorab ein paar einleitende Erklärungen zu den Kofinanzierungsmodalitäten im Rahmen der europäischen Programme.

Für die Strukturfondsprogramme gilt, dass ein Euro aus Brüssel mit einem nationalen Euro kofinanziert werden muss. Dieser eine nationale Euro setzt sich aus Landesmitteln, anderen öffentlichen und auch privaten Mitteln zusammen. Für die Berücksichtigung privater Mittel hat sich die Landesregierung intensiv und mit Erfolg - Sie erinnern sich - im Rahmen der Verhandlungen über die neuen Strukturfondsverordnungen eingesetzt.

Unter diesen Voraussetzungen geht die Landesregierung davon aus, dass das Land zur Kofinanzierung der EFRE-Mittel, also der Mittel aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, im neuen Ziel-2-Programm insgesamt 62 % der bereitgestellten europäischen Mittel aufbringen muss, das heißt 62 Cent Landesmittel pro Euro aus Brüssel.

Nun zu den Mittelansätzen. Damit ich Ihnen jetzt nicht einen Wust von Zahlen vorzutragen muss, möchte ich mich auf die wichtigsten Programme zur Struktur- und Beschäftigungsförderung, also die derzeitigen Ziele 2 und 3 beziehungsweise das neue Ziel 2, beschränken.

Zunächst zur Förderung in der laufenden Periode 2000 bis 2006. Wie Ihnen bekannt, gilt bei den europäischen Programmen das sogenannte n+2-Prinzip. Das heißt: Die Mittel, die wir in der Förderperiode 2000 bis 2006 abrufen oder abgerufen haben, können wir bis 2008 in Anspruch nehmen und entsprechend verausgaben.

In der laufenden Förderperiode sind das für das NRW-Ziel-2-Programm im Haushaltsplan 2007 EFRE- und ESF-Mittel in Höhe von zusammen rund 156 Millionen €. Die federführenden Ressorts, das Wirtschafts- und das Arbeitsministerium, haben für die Kofinanzierung insgesamt etwa 75 Millionen € eingestellt. Hinzu kommen allerdings je nach Projekt weitere Mittel aus den relevanten Fachprogrammen, beispielsweise vom MBV.

Für das laufende NRW-Ziel-3-Programm sind im Haushaltsplan 2007 ESF-Mittel mit einem Bewilligungsvolumen von rund 100 Millionen € Ausgabemittel und Verpflichtungsermächtigung veranschlagt. Das Arbeitsministerium hat für die Kofinanzierung rund 32,5 Millionen € eingestellt. Hierzu kommen weitere Beiträge in nicht unerheblichem Umfang durch Drittfinanziers wie die Bundesagentur für Arbeit, Betriebe und Kommunen.

Von besonderem Interesse ist sicherlich das Volumen in der neuen Förderperiode 2007 bis 2013. Die operationellen Programme des Landes befinden sich derzeit in der Vorbereitung und werden in den kommenden Wochen und Monaten in Brüssel eingereicht werden. Das Programm für den ländlichen Raum liegt der Europäischen Kommission bereits zur Genehmigung vor. Erst wenn die Kommission die Programme genehmigt hat, kann mit der konkreten Förderung begonnen werden. Entsprechend wurden die Mittelansätze für das kommende Jahr auch geplant.

Für die neue Förderperiode sind im Haushaltsplan 2007 für den EU-Anteil im neuen Ziel-2-Programm bei den EFRE-Mitteln 60 Millionen € angesetzt. Sie erinnern sich, dass wir davon ausgehen, dass das Land ungefähr 62 % der jeweiligen EU-Mittel bereitstellen muss. Dies sind in 2007 dann 37 Millionen €.

Das Wirtschaftsministerium allein hat zur Kofinanzierung 19,5 Millionen € eingestellt. Weitere Mittel stehen bei den Fachprogrammen anderer Ressorts wie MBV, MUNLV oder beim MGFFI bereit und können je nach Projekt dann dort abgerufen werden. Dies sind beim MUNLV rund 80 Millionen €, die allerdings zu einem erheblichen Teil für Projekte außerhalb des Strukturfonds eingesetzt werden.

Bei den relevanten Fachprogrammen beim MBV allein stehen dafür über 100 Millionen € zur Kofinanzierung von Maßnahmen aus dem EFRE und dem ESF in der neuen und teils auch in der alten Förderperiode bereit, die ebenfalls nur zu einem begrenzten Teil für die Kofinanzierung eingesetzt werden.

Für den Europäischen Sozialfonds sind in 2007 EU-Mittel mit einem Bewilligungsvolumen in Höhe von rund 75 Millionen € etatisiert worden. Das Arbeitsministerium hat zur Kofinanzierung in 2007 in Form von Ausgabemitteln und Verpflichtungsermächtigungen ein Volumen von rund 20 Millionen € ausgewiesen.

Daraus folgt: Für den ESF gilt mehr noch als für andere Programme, dass Drittfianziers wie Kommunen und Betriebe in erheblichem Umfang an den einzelnen Projekten zu beteiligen sind. Der Kofinanzierungsanteil des Landes ist entsprechend niedriger. Aufgrund der bisher positiven Erfahrungen geht die Landesregierung davon aus, dass sie auch in der neuen Förderperiode gemeinsam mit dritten Partnern die Finanzierung der ESF-Projekte mit Erfolg sicherstellen wird. Außerdem gilt auch hier, dass weitere Mittel aus zahlreichen Fachprogrammen weiterer Ressorts wie aus dem MGFFI oder dem MBV bereitgestellt werden können.

Sie können aus den erstens ausschließlich zur Kofinanzierung vorgesehenen Mittelansätzen und zweitens aus den sonstigen Fachprogrammen, die für die Kofinanzierung herangezogen werden können, erkennen, dass die Kofinanzierung der NRW-Programme durch das Land im kommenden Jahr insoweit sichergestellt ist.

Ich will noch einmal zu den einzelnen Ansätzen kommen. Das, was mir an Zahlen aus den Ressorts bis heute Morgen berichtet worden ist, werden wir an die Fraktionen verteilen.

Wolfram Kuschke (SPD) sieht in der dritten Finanzierungssäule, der nunmehr zulässigen Kofinanzierung durch Kommunen und Private, insofern eine Unsicherheit, als - erstens - Kommunen in einer besonderen Haushaltssituation natürlich normalerweise nicht frei über ihre Mittel verfügen dürften und - zweitens - abzuwarten bleibe, inwieweit bei Privaten überhaupt Bereitschaft zum Engagement bestehe.

**Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 02
im Hauptausschuss
zum Haushaltsgesetz 2007**

Sachhaushalt

Anlage zu Vorlage 14/803

Lfd. Nr. des Antrags	Antrag- steller (Frakti- on/en)	Antrag (eventuell Begründung)	Abstimmungs- ergebnis																				
2	GRÜNE	<p>Kapitel 02 010 Ministerpräsident Titel 526 60 Kosten für Gutachten und Forschungsaufträge</p> <p>Reduzierung des Ansatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 30%;"></td> <td style="text-align: center;">2007</td> <td style="text-align: right;">Ansatz lt. HH 2006</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">375 000 Euro</td> <td style="text-align: right;">375 000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">325 000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">50 000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><u>Begründung:</u> Der Titel ist in 2006 ohne nachvollziehbare Begründung mehr als versiebenfacht worden. Als Sparbeitrag des Haushaltes des Ministerpräsidenten wird dieser Titel wieder auf ein sinnvolles Maß zurückgeführt.</p>		2007	Ansatz lt. HH 2006	von	375 000 Euro	375 000 Euro	um	325 000 Euro		auf	50 000 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">CDU</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">Enth.</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	Enth.	GRÜNE	ja	FDP	nein
	2007	Ansatz lt. HH 2006																					
von	375 000 Euro	375 000 Euro																					
um	325 000 Euro																						
auf	50 000 Euro																						
CDU	nein																						
SPD	Enth.																						
GRÜNE	ja																						
FDP	nein																						

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (eventuell Begründung)	Abstimmungsergebnis
3	GRÜNE	<p>Kapitel 02 010 Ministerpräsident Titel 541 10 Zur Erfüllung von Repräsentationspflichten der Landesregierung</p> <p>Reduzierung des Ansatzes/der VE 2007 Ansatz lt. HH 2006</p> <p>von 1.200.000 Euro um 350.000 Euro auf 850.000 Euro 1.200.000 Euro</p> <p><u>Begründung:</u> Der Ansatz ist im Jahr des Landesjubiläums überdurchschnittlich erhöht worden und kann nun wieder auf ein vernünftiges Maß zurückgeführt werden.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>CDU nein SPD Enth. GRÜNE ja FDP nein</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (eventuell Begründung)	Abstimmungsergebnis																								
6	GRÜNE	<p>Kapitel 02 020 Allgemeine Bewilligungen Titel 685 20 Zuschüsse an die Stiftung "Entwicklung und Frieden"</p> <p>Erhöhung des Ansatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 30%;"></td> <td style="width: 30%; text-align: center;">2007</td> <td style="width: 30%; text-align: center;">Ansatz lt. HH 2006</td> <td style="width: 10%;"></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">151 200Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">8 400 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">159 600 Euro</td> <td></td> <td style="text-align: right;">159 600 Euro</td> </tr> </table> <p><u>Begründung:</u> Überrollung des Titels. Die Kürzung ist nicht nachvollziehbar.</p>		2007	Ansatz lt. HH 2006		von	151 200Euro			um	8 400 Euro			auf	159 600 Euro		159 600 Euro	<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">CDU</td> <td style="width: 40%;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td>Enth.</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>nein</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	Enth.	GRÜNE	ja	FDP	nein
	2007	Ansatz lt. HH 2006																									
von	151 200Euro																										
um	8 400 Euro																										
auf	159 600 Euro		159 600 Euro																								
CDU	nein																										
SPD	Enth.																										
GRÜNE	ja																										
FDP	nein																										

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (eventuell Begründung)	Abstimmungsergebnis																				
7	GRÜNE	<p>Kapitel 02 020 Allgemeine Bewilligungen Titel 686 00 Zuschüsse für das Cologne Science Center</p> <p>Reduzierung des Ansatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 30%;"></td> <td style="width: 30%; text-align: center;">2007</td> <td style="width: 30%; text-align: center;">Ansatz lt. HH 2006</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">4.000.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">3.000.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">1.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">3.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><u>Begründung:</u> Die Reduzierung hier ermöglicht die Deckung der Erhöhung des Ansatzes für die Filmstiftung NRW GmbH in der Titelgruppe 61 im Einzelplan 02.</p>		2007	Ansatz lt. HH 2006	von	4.000.000 Euro	3.000.000 Euro	um	1.000.000 Euro		auf	3.000.000 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">CDU</td> <td style="width: 40%;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td>Enth.</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>nein</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	Enth.	GRÜNE	ja	FDP	nein
	2007	Ansatz lt. HH 2006																					
von	4.000.000 Euro	3.000.000 Euro																					
um	1.000.000 Euro																						
auf	3.000.000 Euro																						
CDU	nein																						
SPD	Enth.																						
GRÜNE	ja																						
FDP	nein																						

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (eventuell Begründung)	Abstimmungsergebnis
8	GRÜNE	<p>Kapitel 02 030 Europa- und internationale Angelegenheiten Titel 685 21 Zuschüsse für Maßnahmen zur Stärkung der Europafähigkeit des Landes</p> <p>Erhöhung des Ansatzes/der VE 2007 Ansatz lt. HH 2006</p> <p>von 47 000 Euro 52 000 Euro um 5 000 Euro auf 52 000 Euro</p> <p><u>Begründung:</u> Eine Reduzierung dieser Landesmittel im Jahr des deutschen EU-Ratspräsidentschaft schwächt die Position des Landes.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>CDU nein SPD Enth. GRÜNE ja FDP nein</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (eventuell Begründung)	Abstimmungsergebnis																				
9	GRÜNE	<p>Kapitel 02 030 Europa- und internationale Angelegenheiten Titel 686 10 Zuschüsse für Projekte im Inland</p> <p>Erhöhung des Ansatzes/der VE</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 30%;"></td> <td style="width: 30%; text-align: center;">2007</td> <td style="width: 30%; text-align: center;">Ansatz lt. HH 2006</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">40 000 Euro</td> <td style="text-align: right;">40 000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">40 000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">80 000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><u>Begründung:</u> Eine Erhöhung dieser Mittel im Jahr des deutschen EU-Ratspräsidentschaft stärkt die Position des Landes und sollte neue Maßnahmen und Initiativen unterstützen.</p>		2007	Ansatz lt. HH 2006	von	40 000 Euro	40 000 Euro	um	40 000 Euro		auf	80 000 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">CDU</td> <td style="width: 40%;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td>Enth.</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>nein</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	Enth.	GRÜNE	ja	FDP	nein
	2007	Ansatz lt. HH 2006																					
von	40 000 Euro	40 000 Euro																					
um	40 000 Euro																						
auf	80 000 Euro																						
CDU	nein																						
SPD	Enth.																						
GRÜNE	ja																						
FDP	nein																						

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (eventuell Begründung)	Abstimmungsergebnis
10	GRÜNE	<p>Kapitel 02 030 Europa- und internationale Angelegenheiten Titel 687 00 Zuschüsse für Projekte im Ausland</p> <p>Erhöhung des Ansatzes/der VE 2007 Ansatz lt. HH 2006</p> <p>von 240 000 Euro 280 000 Euro um 40 000 Euro auf 280 000 Euro</p> <p><u>Begründung:</u> Eine Reduzierung dieser Landesmittel im Jahr des deutschen EU-Ratspräsidentschaft schwächt die Position des Landes.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>CDU nein SPD Enth. GRÜNE ja FDP nein</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (eventuell Begründung)	Abstimmungsergebnis																								
11	GRÜNE	<p>Kapitel 02 050 Kirchen, Religionsgemeinschaften und Weltanschauungsvereinigungen</p> <p>Titel 684 16 199 Zuschüsse für Religionsgemeinschaften und Weltanschauungsvereinigungen</p> <p>Erhöhung des Ansatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 30%;"></td> <td style="width: 30%; text-align: center;">2007</td> <td style="width: 30%; text-align: center;">Ansatz 2006</td> <td style="width: 10%;"></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: center;">0 Euro</td> <td style="text-align: center;">0 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: center;">50.000 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: center;">50.000 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> </table> <p><u>Begründung:</u> Die Mittel sind vorgesehen als Zuschuss zu den Sach-/Büroausgaben einer gemeinsamen Vertretung der Muslime in Nordrhein-Westfalen. Bis zur Gründung einer solchen gemeinsamen Vertretung sind die Mittel gesperrt. Eine Aufhebung der Sperre durch den Finanzminister erfolgt nach einem entsprechenden Votum des Hauptausschusses unter Einbeziehung einer entsprechenden Empfehlung der "Parlamentarischen Arbeitsgruppe Islam-Dialog". Die bestehende Vertretung der alevitischen Religionsgemeinschaft erhält dann anteilig Mittel entsprechend ihrer Mitgliederzahl. Die weitere Begründung erfolgt mündlich.</p>		2007	Ansatz 2006		von	0 Euro	0 Euro		um	50.000 Euro			auf	50.000 Euro			<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">CDU</td> <td style="width: 50%;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td>Enth.</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>nein</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	Enth.	GRÜNE	ja	FDP	nein
	2007	Ansatz 2006																									
von	0 Euro	0 Euro																									
um	50.000 Euro																										
auf	50.000 Euro																										
CDU	nein																										
SPD	Enth.																										
GRÜNE	ja																										
FDP	nein																										

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (eventuell Begründung)	Abstimmungsergebnis																				
12	GRÜNE	<p>Kapitel 02 200 Medien und Telekommunikation Titel 682 61 Zuschüsse an die Filmstiftung NRW GmbH</p> <p>Erhöhung des Ansatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 30%;"></td> <td style="width: 30%; text-align: center;">2007</td> <td style="width: 30%; text-align: center;">Ansatz lt. HH 2006</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">9.666.200 Euro</td> <td style="text-align: right;">9.666.200 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">1.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">10.666.200 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><u>Begründung:</u> Die Erhöhung des Ansatzes dient der Förderung der Filmkultur und der Filmwirtschaft in NRW. Mit Hilfe der Filmstiftung NRW GmbH ist es gelungen, NRW zu einem der führenden europäischen Film- und Fernsehproduktionsstandorte zu entwickeln. Die Fördermittel dienen auch dem Erhalt einer hochwertigen Kino- und Filmkultur in NRW. Gerade die vielfältige Filmkunstkinolandschaft NRWs ist auch auf die Förderprämien der Filmstiftung angewiesen. Die Deckung dieser Erhöhung erfolgt durch die Reduzierung in Kapitel 02 020 im Titel 686 00.</p>		2007	Ansatz lt. HH 2006	von	9.666.200 Euro	9.666.200 Euro	um	1.000.000 Euro		auf	10.666.200 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">CDU</td> <td style="width: 40%;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td>Enth.</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>nein</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	Enth.	GRÜNE	ja	FDP	nein
	2007	Ansatz lt. HH 2006																					
von	9.666.200 Euro	9.666.200 Euro																					
um	1.000.000 Euro																						
auf	10.666.200 Euro																						
CDU	nein																						
SPD	Enth.																						
GRÜNE	ja																						
FDP	nein																						